

Pressespiegel



Bruchsal

| | | | |
|----------------------------|-----------------------|---------------------------------|----------------------------------|
| BNN Bruchsal | <input type="radio"/> | Pforzheimer Zeitung | <input type="radio"/> |
| BNN Bretten | <input type="radio"/> | Mühlacker Tageblatt | <input type="radio"/> |
| BNN Kreisseite | <input type="radio"/> | Handelsblatt | <input type="radio"/> |
| Brettener Woche | <input type="radio"/> | IHK | <input type="radio"/> |
| Kurier | <input type="radio"/> | Wochenblatt | <input type="radio"/> |
| www.ka-news.de | <input type="radio"/> | www.bruchsal-xl.de | <input type="radio"/> |
| www.bruchsal-net.de | <input type="radio"/> | www.Landfunke.de | <input type="radio"/> |
| www.bruchsal.org.de | <input type="radio"/> | Amtsblatt Stadt Bruchsal | <input type="radio"/> |
| Bruchsaler Woche | <input type="radio"/> | www.bak-bretten.de | <input checked="" type="radio"/> |

Datum: 30. Juli 2010

IG Metall Bruchsal fordert Rücknahme der Rente mit 67

Pressemitteilung 30. Juli, 2010 | Kommentare deaktiviert



Auf der letzten Sitzung der IG Metall Vertrauensleute bei der Firma Neff in Bretten sagte der 1. Bevollmächtigte der IG Metall Bruchsal Eberhard Schneider: »Die Politik muss die Bestandsprüfungsklausel ernst nehmen und die Rente mit 67 zurücknehmen.« Die Bundesregierung sei gesetzlich verpflichtet, ab dem Jahre 2010 alle vier Jahre eine Einschätzung darüber abzugeben, ob die Anhebung der Regelaltersgrenze unter Berücksichtigung der Entwicklung der Arbeitsmarktlage sowie der wirtschaftlichen und sozialen Situation älterer Arbeitnehmer vertretbar erscheine. Würde die Regierungskoalition diese Regelung ernst nehmen, müsste sie auf die Rente mit 67 verzichten, erklärte Holger Schneefeld Betriebsratsvorsitzender vom Neff.

Die Bundesregierung habe in ihrer Antwort auf die Große Anfrage der Linksfraktion im Deutschen Bundestag selbst eingeräumt, dass die Beschäftigungslage älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer völlig unbefriedigend sei. Nach Angaben der Bundesregierung seien nur noch zehn Prozent der 64-Jährigen in einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Bestandteil dieser Quote seien dabei sogar noch Teilzeitbeschäftigte und Menschen, die sich in passiver Altersteilzeit befinden, also tatsächlich nicht mehr in Arbeit stehen. »Angesichts dieser Lage die Rentenaltersgrenze anzuheben, ist absurd«, erklärte Schneider vor den Neff Vertrauensleute.

Aber auch die soziale Lage älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bilde keine angemessene Grundlage für eine Anhebung der Rentenaltersgrenze. Durch zahlreiche Nullrunden sei das Rentenniveau bereits gesunken. Ferner habe die Politik durch die Einführung der Dämpfungsfaktoren dafür gesorgt, dass Altersrenten in Zukunft noch geringer ausfallen werden. In Verbindung mit der Rente mit 67 drohe immer mehr Betroffenen Altersarmut. Martin Böckle IG Metall Vertrauenskörperleiter erklärte: »Die IG Metall wird ihren Widerstand gegen die Rente mit 67 so lange fortführen, bis die Politik ein Einsehen hat!